

# Wohngelderhöhung beschlossen!



Nach der Mietpreisbremse hat die Koalition auf Initiative der SPD eine weitere soziale Verbesserung im Mietenbereich beschlossen: die Erhöhung des Wohngeldes. Das hilft einkommensschwachen Bürgern und trägt dazu bei, die soziale Mischung der Städte zu erhalten.

Konkret wird das Wohngeld an die Mieten und Einkommensentwicklung angepasst. Künftig werden die Warmmieten statt der Kaltmieten berücksichtigt. Hiervon profitieren rund 870.000 Haushalte. Demnächst erhalten mehr Menschen und auch die jeweils Einzelnen deutlich mehr Wohngeld. Das ist wichtig, da wir wissen, dass vor allem in Ballungsräumen wie Berlin, die Mieter durch steigende Mieten und

knapper werdenden Wohnraum unter finanziellen Druck geraten. Durch die regionale Staffelung steigt das Wohngeld stärker in Gebieten mit überdurchschnittlichen Mietsteigerungen, also entsprechend auch in Berlin.

Darüber hinaus haben wir bei den Gesetzesberatungen erreicht, dass die Höhe des Wohngeldes künftig alle zwei Jahre zu überprüfen ist. Das wird regelmäßige Anpassungen an steigende Mieten erleichtern. Wie die Mietpreisbremse, löst dieses Gesetz alleine nicht alle Probleme. Doch mit diesen Maßnahmen und mit dem Bau neuer preiswerter Wohnungen kommen wir Schritt für Schritt voran zu einem sozial gerechten Wohnungsmarkt.



Liebe Genossinnen und Genossen,

die Ereignisse in und um Griechenland überschlagen sich. Während ich diese Zeilen schreibe, ist die Lage noch vollkommen unklar. Mir bleibt derzeit tatsächlich nur zu hoffen, dass eine verantwortliche Lösung gefunden werden kann. Leider machen nicht alle Akteure derzeit den Eindruck, als ob sie sich ihrer Verantwortung bewusst sind und ihr gerecht werden. Eine parlamentarische Debatte vollkommen anderer Art führen wir im Bundestag über die Sterbehilfe. Es gibt inzwischen einige Anträge, hinter denen sich Abgeordnete der verschiedenen Fraktionen, über deren Grenzen hinweg, zusammengefunden haben. Ich habe mich, nach vielen Diskussionen und Gesprächen auch für einen Antrag entschieden, nämlich für den der Gruppe Lauterbach/Hintze. Er sieht – unter bestimmten Bedingungen – die Möglichkeit von Sterbehilfe durch Ärzte vor. Ich akzeptiere die Argumente der Gegner von Sterbehilfe, wie auch die Argumente derjenigen, die weiter gehen wollen. Hier gibt es ganz sicher kein Richtig und kein Falsch, hier entscheidet letztlich nur die persönliche Anschauung.

Nun geht es in die parlamentarische Sommerpause. Ich gehe davon aus, dass auch sie geprägt sein wird von Diskussionen über Griechenland. Selbstverständlich stehe ich – nach meinem Urlaub – auch in diesem Sommer allen Interessierten zu Gesprächen zur Verfügung.

Mit den besten Wünschen für einen sonnigen Sommer

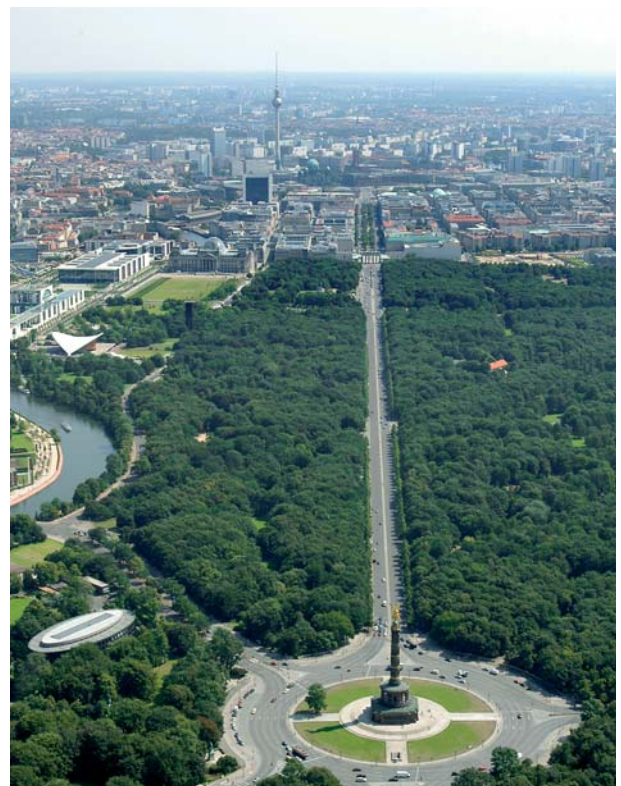
Swen Schulz, MdB

Besucht mich auch auf meiner Internetseite unter [www.swen-schulz.de](http://www.swen-schulz.de) oder wir treffen uns bei [www.facebook.com/swenschulz](https://www.facebook.com/swenschulz).

## Das bisschen Haushalt...

...ist ziemlich wichtig. Im Nachtragshaushalt für das Jahr 2015 haben wir im Haushaltsausschuss beschlossen, dass Berlin eine zusätzliche Unterstützung in Höhe von 285 Millionen Euro erhält. Das ist schon ein stattlicher Betrag, der Berlin wesentlich entlastet, meine ich.

Im Einzelnen setzt sich die Summe so zusammen: 137,8 Millionen Euro erhält Berlin im Rahmen von Mitteln für finanzschwache Kommunen für Investitionen in die Infrastruktur. Darunter fallen wichtige Felder wie Krankenhäuser, Lärmschutz, Städtebau, Informationstechnologie, energetische Sanierung, Klimaschutz, Kitas und Schulen sowie Berufsbildungsstätten. Die Mittel stehen bis zum Jahr 2020 zur Verfügung.



Darüber hinaus erhält Berlin zur Unterstützung seiner Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylbewerber in diesem und im nächsten Jahr insgesamt rund 40 Millionen Euro. Weitere 107,8 Millionen Euro werden für das Jahr 2017 zusätzlich, zu bereits beschlossenen Entlastungen zur Verfügung gestellt. Diese Mittel haben keine Zweckbindung.

Berlin profitiert von der Unterstützung der Kommunen, die der SPD besonders wichtig ist. So gut diese Nachrichten schon sind, kann das allerdings noch nicht abschließend sein. Insbesondere mit Blick auf die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern steht der Bund stärker in Verantwortung. Es werden weitere Beratungen in der Koalition folgen – und ich setze dann auf weitere gute Nachrichten!





## „Wissen schafft Politik“

Vor einiger Zeit bin ich auf die Idee gekommen, gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern Wissenschaftseinrichtungen in Berlin zu besuchen. Vor allem geht es mir um den Zusammenhang von Wissenschaft und Politik. Wir lassen uns nämlich intensiv von Wissenschaftlern beraten, sei es in der Gesundheits-, der Wirtschafts-, der Forschungs-, der Umweltpolitik und und und. Doch wo arbeiten diese Wissenschaftler, wie denken sie, welchen Einfluss haben sie tatsächlich und ist das wirklich immer alles richtig, was die uns raten?

In der Diskussion über verschiedene Themen will ich dem näher kommen. Den Anfang habe ich neulich mit einer Einladung zu einem Besuch des

DIW, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, gemacht. Wir haben über die Krise in der Eurozone diskutiert – und ich denke, es war für alle Beteiligten sehr interessant. Leider hat uns das DIW auch nicht die Patentlösung offeriert – aber das haben wir ja auch gar nicht erwartet. Aber dafür bekamen wir einen unvermuteten Einblick in die Wissenschaft: das Eingeständnis, dass sie viel weiß, aber eben auch nicht alles.

Nächster Termin: 13.10.2015, voraussichtlich 19.00 Uhr, im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Infos und Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.



## Ehe für alle!

Das katholische Irland hat abgestimmt. Jetzt wurde sogar das Weiße Haus in Washington in Regenbogenfarben angestrahlt, weil der Oberste Gerichtshof die gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt hat. Aber in Deutschland tun sich CDU und CSU immer noch sehr schwer. Selbst in der Hauptstadt-CDU braucht es eine Mitgliederbefragung, in der sich, so wie es aussieht, eine große Zahl führender Parteivertreter dagegen ausspricht.

Entscheiden muss dann der Deutsche Bundestag. Es gibt einen Oppositionsantrag, der sicherlich im Spätsommer oder Herbst abzustimmen ist. Wir Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete haben eine Erklärung verfasst, in der wir an die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel appellieren, die Abstimmung für die Mitglieder ihrer Partei frei zu geben. Dann wäre die Mehrheit im Bundestag sicher!



# Tag der kleinen Forscher

Neulich war „Tag der kleinen Forscher“ und ich habe in Spandau zwei Kindertagesstätten besucht, die an dieser Initiative teilnehmen.

Den Kita-Kindern werden mit einfachen Mitteln naturwissenschaftliche und technische Phänomene spielerisch nahegebracht. Etwa wie sich Wasser färbt, welches Material für Leitungen geeignet ist, warum etwas heiß oder kalt ist und so weiter. Die Kitas bekommen von einer Stiftung Materialien, vor allem aber werden die Erzieherinnen und Erzieher geschult. Das Ganze wird aus dem Bundeshaushalt gefördert – und ich hatte die Gelegenheit, meinen Teil zur Aufstockung der Mittel beizutragen. Rundum eine großartige Sache, die ich zur Nachahmung empfehle und die ausgeweitet werden soll, vor allem mit Blick auf Horte und Grundschulen. Wer Interesse hat und nähere Informationen möchte: Ich kann gerne behilflich sein!



## Termine

The logo of the SPD (Social Democratic Party of Germany) is displayed in a red square. The letters 'SPD' are written in white, bold, sans-serif font.

**Montag, den 17.08.2015, 14.00-18.00 Uhr,**  
Grillnachmittag für Erwerbslose. Swen Schulz und Burgunde Grosse laden ein.  
Anmeldung unter Tel.: 36 75 70 90.

**Donnerstag, den 27.08.2015, 15.00-18.00 Uhr,**  
„Bürgersprechstunde“. Anmeldung unter Tel.: 36 75 70 90.

**Mittwoch, den 30.09.2015, 19.00 Uhr,**  
„Industriepolitik 4.0“ Fraktion vor Ort mit Hubertus Heil, stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, und Swen Schulz. Infos und Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

**Dienstag, den 13.10.2015, voraus. 19.00 Uhr,**  
„Wissen schafft Politik“ Besuch des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung mit Swen Schulz und Diskussion mit Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des WZBs.  
Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

**Dienstag, den 17.11.2015,**  
„Politische Tagesfahrt“, Infos unter Tel.: 227 70 187.

**Dienstag, den 01.12.2015, 19.00 Uhr,**  
„Mobilität der Zukunft“ Fraktion vor Ort mit Sören Bartol, stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Christian Gaebler, Staatssekretär für Verkehr und Umwelt in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, und Swen Schulz. Infos und Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

Weitere Termine u. a. für Bürgersprechstunden und Kümmertouren können Sie erfragen unter Tel.: 36 75 70 90.